Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den breispaltigen Teil einer Textseite) 1 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Stiftstraße 7, Hof., Tel. 27 653, Postscheck Dresden 26 515. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 259. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 RM. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Lokales: Otto Gabel, Dresden; Ausland: Alfred Kendzia, Berlin; übriger Teil: Erich Gottmann, Dresden; Inserate: Fritz Rücker, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17259, Postscheck Dresden 13630

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 30. Juni 1932 | Nummer 151

# Ernst Thälmann in Dresden

## Der Führer der KPD spricht am Dienstag, dem 19. Juli, auf der Radrennbahn. Rüstet zu gewaltigem Massenaufmarsch!

Morgen voraussichtlich vierte Notverordnung der Papen-Schleicher

# Der Reichsetat, der neues Massenelend bringt

## 1,2 Milliarden werden auf Kosten der Werktätigen eingespart . Der Reichshaushaltplan bringt Millionen Steuergeschenke für die Kapitalisten, aber neue Massenbelastungen für die Armen

Berlin, 30. Juni (Eig. Drahtb.)

**In einer Kabinettssitzung beschäftigte sich gestern die Reichsregierung mit den vom Reichswirtschaftsrat beschlossenen Aenderungen am Haushaltplan. Der sehr umfangreiche Haushaltplan wird nunmehr dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt und wahrscheinlich morgen als vierte Notverordnung der Papenregierung in Kraft gesetzt. Dieser Etat ist ein klares Spiegelbild der kapitalistischen Klassenpolitik.**

**Die Regierung erklärt zu dem Reichshaushaltplan, daß der gefundene Ausgleich keineswegs ein Dauerausgleich sei daß vielmehr bei der Unsicherheit über die Einnahmen aus den Steueranfangen, und bei der ungenügenden Garantiesumme für die Wirtschaft (!) mit neuen Maßnahmen zum Ausgleich des Etats gerechnet werden müsse. Das heißt zu gut deutsch, daß weitere Notverordnungen mit Kürzungen der Unterstützungen, Gehalts- und Lohnabbau kommen werden.**

Der Haushaltplan, der mit 8,2 Milliarden „ausgeglichen" ist, bringt gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um 1,2 Milliarden Mark und gegenüber von 1929 sogar eine solche von 3,7 Milliarden Mark. Die um so gewaltige Summen zusammengeschrumpften Einnahmen des Reiches sind nicht nur ein charakteristischer Beweis für die Vertiefung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, sondern sind auch dadurch zustande gekommen, daß die Steuern der Besitzenden sehr stark vermindert wurden, während die Belastungen des werktätigen Volkes ins ungeheuerlichste gewachsen sind.

### Kapitalisten werden Millionen geschenkt

So ist zum Beispiel die **Körperschaftssteuer um 60 vom Hundert** gesenkt worden. Die Aktiengesellschaften der Herren Kapitalisten, die schon in den vergangenen Jahren die denkbar niedrigsten Steuersätze zahlten, erhalten also durch den notverordneten Etat ein weiteres riesiges Geschenk, indem sie nur noch einen geringen Teil der bisherigen Steuern zu zahlen brauchen. Demgegenüber ist aber die **Umsatzsteuer, die auf die breiten Massen der Konsumenten umgelegt** und **ausschließlich** von ihnen bezahlt werden muß, **um 86 vom Hundert höher angesetzt** worden. Das wird sich in der Praxis so auswirken, daß eine **neue Teuerungswelle** für alle lebenswichtigen Bedarfsgegenstände einsetzt, die Werktätigen also dank des Steuergeschenks an die Trustbourgeoisie **noch stärker durch indirekte Steuern belastet werden.** Rechnet man nun noch die Salzsteuer hinzu, die durch die erste Notverordnung der Papenregierung eingeführt wurde und das Pfund Salz um 6 Pf. verteuert, so zeigt sich der Charakter des neuen Haushaltplanes noch deutlicher.

Aber auch alle anderen Steuern für die Kapitalisten sind trotz der katastrophalen Finanzlage des Reiches auf Kosten der Armen wesentlich gesenkt worden. So sind die Einnahmen aus der **Vermögenssteuer um 19 vom Hundert, aus der Biersteuer um 35 vom Hundert, aus der Tabaksteuer um 15 vom Hundert und die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol um 30 vom Hundert** niedriger eingesetzt worden. Das heißt natürlich nicht das diese Steuern für die Verbraucher gesenkt werden. Sie werden in der vollen Höhe bestehen bleiben, ja wahrscheinlich noch erhöht werden. Die Herren der hier in Frage kommenden Industrien brauchen nur weniger an das Reich abzuführen und können das damit tarnen, daß die Umsätze zurückgegangen sind.

Einen Spiegel der Wirtschaftskrise finden wir in der Schrumpfung der Krisensteuer, die bekanntlich von allen Beschäftigten gezahlt werden muß, deren Einnahmen nach den Vorschlägen des Haushaltplanes um 57 vom Hundert gegenüber dem Vorjahre zurückbleiben werden. Aber sie sollen zum Teil wieder dadurch wett gemacht werden, daß ja die Papenregierung in der ersten Notverordnung die Beschäftigtensteuer für alle Feiertagsbesoldeten eingeführt hat, die der durch Steuergeschenke an die Reichen geschwächten Reichskasse 400 Millionen aus den Taschen der Arbeiter, unteren Angestellten u. Beamten bringen soll.

### Millionen für die Reichswehr und Polizei

Bei Reichswehr und Polizei spart natürlich auch der neue Haushaltplan in keiner Weise. Für die Hunderttausend-Mann-Armee hat der Etat 744 Millionen übrig. In diesem Betrag ist aber die Besoldung der Soldaten und der Offiziere nicht mit einbegriffen. Sie werden im allgemeinen Besoldungskapital der Beamten und Arbeiter des Reiches genannt, der insofern eine nicht unwesentliche Kürzung erfahren hat, als das Reich durch Lohn- und Gehaltskürzung und durch Verminderung des Personals (nicht bei der Reichswehr) einige Millionen spart. Für die Zuschüsse des Reiches an die Länderpolizei werden 190 Millionen Polizeikostenzuschüsse gezahlt.

**Die Steuereinnahmen des Reiches belaufen sich auf rund 8 Milliarden Mark. Trotz der Verelendung der werktätigen Massen ist ihre steuerliche Belastung durch die letzten Notverordnungssteuern abermals um rund 400 Millionen erhöht worden. Dagegen sind alle Erträge aus den Besitzsteuern außerordentlich niedrig angesetzt. Die Reichsregierung kennt den Standpunkt der Besitzenden, überhaupt keine Steuern mehr zu zahlen, und trägt dem Rechnung. Ueberdies werden den kapitalistischen Großbetrieben noch 100 Millionen Reichsmark geschenkt, die sie bisher als Industrieumlage zu zahlen hatten.**

### Erhöhte Beträge für Subventionen

Besonders interessant ist das Kapitel der Subventionen und Bürgschaften. Die Papenregierung hat dem Otto-Wolff-Trust für seine Kupfer- und Zinkwerke **8 Millionen Mark Subventionen** gewährt, 2 Millionen mehr als im Vorjahr. Ebenso werden die **Subventionen für das Flugwesen erhöht.** Dem **Agrarkapital werden 20 Millionen Mark geschenkt,** die für die Einlösung von Rentenmarkscheinen zu zahlen gewesen wären.

**Die Bürgschaften,** die das Reich für die deutschen Kapitalisten übernommen hat, belaufen sich auf **1½ Milliarden Mark,** um 880 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Darunter sind 100 Millionen Mark Garantien für die landwirtschaftliche „Umschuldung", die als glatter Verlust gebucht werden müssen. Außerdem werden als Verluste aus diesen Bürgschaften angegeben: 30 Millionen Mark für Winzerkredite und 15 weitere Millionen (zu den bereits abgebuchten 65 Millionen!) für die Roggenstützung zugunsten der ostelbischen Großagrarier.

**Mit diesem Haushaltplan setzt die Papenregierung ihre reaktionäre Politik gegen die Arbeiterschaft und werktätigen Mittelschichten konsequent fort. Und es wird sich sehr bald herausstellen, daß die jetzt noch zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen werden, um die Belange der bankrotten Bourgeoisie zu finanzieren. Dann werden neue Notverordnungen gegen das werktätige Volk niederprasseln. Diesen Kurs zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur führt die Papenregierung mit den Nazis gemeinsam durch, die außerhalb der Parlamente die Werktätigen zur Raison bringen sollen. Wir organisieren gegen diesen Kurs den Massenkampf in Antifaschistischer Aktion!**

Chemnitzer Betriebsräte-Vollversammlung beschließt

# Proteststreik und Massenaufmarsch gegen Nazi-Mord

Chemnitz, 30. Juni (Eig. Ber.)

**Dem Einheitsfrontappell der KPD und RGO zur Betriebsrätevollversammlung waren 65 Betriebsräte aus 35 Chemnitzer Großbetrieben gefolgt, darunter eine Anzahl SPD-Betriebsräte. Nach dem Referat des RGO-Vertreters Winter und ausführlicher Diskussion wurde einstimmig beschlossen, für die Vorschläge der KPD und RGO einzutreten:**

1. **Einstündiger Proteststreik am Tage der Beerdigung des ermordeten Reichsbannerkameraden.**
2. **Gemeinsamen roten Kampfesmarsch am Tage der Beerdigung.**
3. **Organisierung des einheitlichen Abwehrkampfes gegen Naziterror und faschistische Diktatur in allen Betrieben.**

In der Diskussion traten SPD-Betriebsräte auf und erklärten, **daß sie die Stellungnahme der KPD und RGO in jeder Weise unterstützen und, wenn die SPD-Führer den Forderungen nicht Rechnung tragen, über die Köpfe dieser Führer hinweg die rote Einheitsfront schließen und die gemachten Vorschläge durchführen würden.** Aus anderen Betrieben wurde berichtet, daß SPD- und SAP-Betriebsräte versuchen, die Einheitsfront der Arbeiter zu sabotieren.

Genosse Winter richtete im Schlußwort einen Kampfappell an alle Betriebsräte und forderte auf, gegen die Saboteure der Einheitsfront nun alle Kräfte zur Massenmobilisation der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen.

### Proteststreik-Beschluß gegen die Papen-Notverordnung

Berlin, 30. Juni.

**Eine gestern stattgefundene, gutbesuchte Belegschaftsversammlung der AEG-Turbine, an der sehr viel Freigewerkschafter teilnahmen, beschloß einstimmig:**

**Bildung eines Einheitsausschusses, in dem Vertreter aller Abteilungen, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, zusammenkommen.**

**Halbstündigen Proteststreik heute 12 Uhr gegen die morgen in Kraft tretende Papen-Notverordnung.**

**Sofortiger Streik auf jedes Verbot proletarischer Organisationen und Aufforderung an alle Betriebe zum Generalstreik.**

**Entsendung von fünf Delegierten zur antifaschistischen Konferenz am 10. Juli.**

•

**Chemnitzer und Berliner Betriebe zeigen den übrigen Arbeitern den Weg zum siegreichen Kampfe gegen Mordfaschismus und Papendiktatur. Diese Beschlüsse müssen auch in Ostsachsen stärksten Widerhall finden.**